

Filip-Köhn, Renate

Working Paper — Digitized Version

"Systemic Fatigue"? Makroökonomische Denkmuster und Steuerungsprobleme in der Wirtschaftspolitik

DIW Discussion Papers, No. 134

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Filip-Köhn, Renate (1996) : "Systemic Fatigue"? Makroökonomische Denkmuster und Steuerungsprobleme in der Wirtschaftspolitik, DIW Discussion Papers, No. 134, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95732>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Diskussionspapiere
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 134

**"SYSTEMIC FATIGUE"?: Makroökonomische
Denkmuster und Steuerungsprobleme in
der Wirtschaftspolitik**

von
Renate Filip-Köhn

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Diskussionspapier Nr. 134

**"SYSTEMIC FATIGUE"?: Makroökonomische
Denkmuster und Steuerungsprobleme in
der Wirtschaftspolitik**

von
Renate Filip-Köhn

Berlin, April 1996

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 14191 Berlin
Telefon: 49-30 - 89 7 89 -0
Telefax: 49-30 - 89 7 89 -200

"SYSTEMIC FATIGUE"?: Makroökonomische Denkmuster und Steuerungsprobleme in der Wirtschaftspolitik

Der Präsident der Tschechischen Republik, Vaclav Havel, betonte in seiner Neujahrsansprache am 1. 1. 1996 die Notwendigkeit, "Marktwirtschaft" nicht als Ziel (bei dessen Erreichung alle Wünsche erfüllt sind), sondern nur als (probates) Mittel zur "Herstellung" von Lebensqualität zu denken¹, die ihrerseits unverzichtbar auf "Moral" als Primärimpuls des (interaktiven) Handelns eines Systems aufbaut. Eine derartige Erinnerung gerade in bzw. aus diesem Land, das um die Anwendung von Kochrezepten des "marktwirtschaftlichen Systems" so bemüht ist, kann als Bitte an jeden tätigen Volkswirt verstanden werden, daß er das bunte und weit ausgebreitete Gespinnst aus Wortdrogen, Denkhülsen und Hoffnung, dem er dient, durch das er verdient, (an) dem er sich verschreibt und das er als Heilmittel verschreibt, wieder bzw. wieder stärker mit ganzheitlich "stimmigen" makroökonomischen Denklinien unterfüttern möge.

Dieses Diskussionspapier ist als **Versuch** anzusehen, über einige Grundlagen unserer Wissenschaft zu schreiben, um bei der derzeitigen Konfrontation mit deprimierenden wirtschaftlichen Fakten und Perspektiven die fatale Wirkung von Begrifflichkeiten aufzuzeigen, die - unscharf bedacht - die Gedankenläufe zu Wirtschaftskreisläufen ohne Not blockieren: Warum - zum Beispiel - wurde jenes (unselige) Wort von

1

Hier wird bewußt das Wort "denken" gewählt, und nicht z.B. "angesehen", weil die Übersetzung dem Sinn dieser Mahnung gemäß sein soll und sich die folgenden Ausführungen gerade um Denkmuster bemühen, die Begriffen, wie Exportüberschuß, Staatsdefizit, Lohnkostensenkung, unterlegt sind und als häufig leichthin geprägte Denkschablonen dem Erkennen von Notwendigkeiten für die faktische Systemsteuerung vorgelagert sind.

den **"Kosten der deutschen Einheit"** geprägt und dominant - warum wurde nicht von einem die deutsche Einheit zu flankierenden **Exportüberschuß** gesprochen? Als solcher nämlich schlägt sich der realwirtschaftliche Vorgang der Ausstaffierung einer Region mit Waren und Dienstleistungen über die eigene Wirtschaftskraft hinaus in den Gesamtrechnungen der "Geberländer" nieder. Seit langem werden Exportüberschüsse als beschäftigungsbelebend begrüßt, und niemand käme wohl auf die Idee, einen mit der Einführung eines "EURO" möglicherweise eintretenden Exportschub für Deutschland als Kosten der europäischen Einigung zu bezeichnen, die durch eine vorsorgliche Erhöhung des Solidarbeitrages finanziert werden müßten. Finanzierungstechniken wurden mit mikroökonomischem Budgetkalkül zu einem Denkmuster vermengt, das auf der Makroebene als Steuer- und Sparschraube den deutschen Wirtschaftskreislauf in eine Abwärtsspirale zwängte.

Verlust von **"systemischer Geborgenheit"**

Ein im moralischen Sinne gutes Wirtschaften setzt voraus, daß sich jeder Einzelne in "sein" System eingebunden, sich in ihm geborgen fühlt. Engagement sowie gesamtwirtschaftlicher Erfolg, und damit das Gefühl der Geborgenheit, waren evident groß in traditionellen "Marktwirtschaften", d.h. in Systemen, die in ihrem Regelwerk auf ein möglichst hohes Maß an Entscheidungsfreiheit, aber auch Eigenverantwortung des Einzelnen setzten. Hat das System versagt, weil wir diese Geborgenheit zu verlieren scheinen?

Hier wird die Überzeugung vertreten, daß Milliardenverluste, in DM, und Millionenverluste, in Arbeitsplätzen, aus dem Unverständnis und der Unverständlichkeit der Sprache folgen, die makroökonomische Phänomene und Zusammenhänge, wie Wachstum, Kosten, Gewinn, Sparen, Produktivität und dergleichen mehr, beschreibt. Wenn wir nun so vorsichtig in der Wahl unserer Begriffe sein müssen, um Denkmuster nicht nur formal, sondern auch inhaltlich "stimmig" zu prägen - warum beginnen wir dann mit dem Wort "systemic" - einem Modewort - in der Überschrift? Auf keinen Fall, um den eigenen neuesten Stand auf dem weiten Feld der Worthülsenfrüchte vorzuführen, sondern weil diese Wortprägung irgendwie intuitiv stimmig an das Axiom einer (vertretbaren) makroökonomischen "Theorie" anknüpft:

Wir, die Menschen in einem bestimmten regionalen Verbund, sind das (lernfähig, sozial angelegte) System, das sich mittels Signalen (Institutionen) regelt. Dazu zählt auch Kommunikation mittels Begriffen, die jeweils mit den Attributen "positiv"/"nega-

tiv" bzw. gut/schlecht in Verbindung gebracht werden. "Kosten" sind Ausgaben, eher ein Verlust, bei dem wir aber etwas "gewinnen" (eine gekaufte Theaterkarte, ein gekauftes Auto); "Umsätze", z.B. Exporte, sind Einnahmen, eher ein Gewinn, bei dem wir aber etwas "verlieren" (eine verkaufte Theaterkarte, ein verkaufte Auto). Jede mikroökonomische Institution (Haushalt, Unternehmen, Staat) denkt bei ihren Entscheidungen kameralistisch, d.h. sie ordnet nach (positiven) Einnahmen und (negativen) Ausgaben. Die Transposition dieser fundamentalen Begriffe mit ihrer Wertigkeit auf die Makroebene des Denkens führt zu einer entscheidenden Verständnisschwierigkeit: In der Logik einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind Kosten immer gleich Erlösen, Input ist immer gleich Output. Ohne jede Wertigkeit. Konsequenz und gar nicht paradox: Je höher die Kosten, desto höher auch die Erlöse.

Die Mikroökonomie muß ihre Entscheidungen Budgetlinien anpassen, die ihr durch das System "vorgegeben" werden. Nur makroökonomisch können und müssen diese Budgetlinien situationsgemäß beeinflusst werden. In Anbetracht einer ständig wachsenden Zahl Nichtbeschäftigter hat die makroökonomische Steuerung versagt. Einer politischen Diskussion gesamtwirtschaftlicher Notwendigkeiten sind in der Regel wertbehaftete, kameralistisch geprägte Denkmuster unterlegt. Selbst einem höchst geschätzten Makroökonom, namentlich John Maynard Keynes, war es nicht vergönnt, das System dauerhaft auf das makroökonomische Denkmuster der Erhöhung der effektiven Nachfrage in Situationen mit Unterbeschäftigung einzustimmen: Seine Idee vom "Demand Management", als Garantie für systemische Geborgenheit für und durch die Makroökonomie, hat sich in den siebziger Jahren in einer unsäglichen Konjunkturprogrammdiskussion festgefahren, und in einer noch viel schlimmeren Situation heute ist sie nicht einmal mehr den Spielfeldrand beherrschend.

Bei aller notwendigen Pluralität muß sich dieses System einfach, beständig, selbstkorrigierend und wirksam regeln, um sich zu entwickeln. Wenn Institutionen (z.B. Bedingungen von Kfz-Zulassungen, Scheidungsrecht, Währung) geändert werden sollen, ohne daß etwa Umweltgefahr im Verzuge wäre, dann sollte dies vorzugsweise in Form einer wahlweisen Entscheidung geschehen - bis sich das System in eine neue Regelung "hineingewählt" hat oder sich u.U. dafür entscheidet, die gewohnte Regel beizubehalten. Diese Grundsätze sind vielfach und immer häufiger verletzt worden. Ursache von "Staatsverdrossenheit" könnte u.a. ein Unbehagen über zu viele und nicht mehr als gleichgerichtet empfundene Signale sein. Was als "Informationsgesellschaft" gepriesen wird, ist vielleicht der (Un)Geist, den wir gerufen haben und nicht mehr loswerden: Zu viele und vornehmlich negativ besetzte Details

überfrachten die Transportbänder der Information, und die Systemsteuerung scheint aus dem Ruder zu laufen.

Auch unser Wissen um die (makro)ökonomische Steuerung ist zwar durch eine "Flächen und Problem deckende Makromodellierung"¹ zunehmend perfektioniert, aber dennoch gedanklich defizitär, und es scheint notwendig und dringlich, sich immer wieder der Grundlagen des "Tableau Economique" zu erinnern. Denn: Weltweit zeigen hoch entwickelte Volkswirtschaften (nun auch Japan) seit Jahren Ermüdungserscheinungen. Anzeichen dafür sind stagnierende, sogar sinkende Realeinkommen pro Kopf, Arbeitslosigkeit, die weit mehr ist als nur ein konjunktureller Unfall, aber auch Perspektivlosigkeit auf dem "Einkommensmarkt" (Arbeitsmarkt) und der Verlust an politischer Diskussionsqualität durch zu viel und doch zu wenig (originäre), häufig auch mißbrauchte Information. Im Spannungsfeld der mikro- und makroökonomischen Denkmuster bzw. "Lehren" ist es offensichtlich nicht gelungen, den Erfolg des Systems zu sichern.

Sind diese Phänomene "Alterserscheinungen" von marktwirtschaftlichen Systemen und unabdingbar? Eine solche Frage und Vorstellung sollte gar nicht erst aufkommen: Ein interaktives System ist immer gleich jung, es hat keinen Kohortencharakter. Und der (marktwirtschaftliche) Grundsatz des "fair play" durch und für die individuelle Autonomie ist unverzichtbare Gestaltungsregel. Auch mit dem Wort "dies sei eine Zeit wirtschaftlichen Umbruchs" sollte vorsichtig umgegangen werden: Wohin könnten wir wie wegbrechen? Aber zweifellos beobachten wir weltweit und seit vielen Jahren eine Art "System-Aids", interpretierbar als durchgehenden Verlust von systemischer Geborgenheit. Dadurch scheint die Fähigkeit verloren zu sein, Primärimpulse setzen zu können und die Steuerung des Systems darauf einzuregulieren, wozu es angelegt ist: Vielfalt, Offenheit, Wachstum, Verbesserung, d.h. Erfolg und Freude daran. Es wäre vermessen, darüber "gutdünken" zu wollen, wie stark und wodurch diese Primärimpulsgebung geschwächt ist, aber es scheint angemessen, auch an einigen makroökonomischen Denkmustern und ihrem Beitrag dazu anzusetzen mit der Hoffnung auf Verstehen als wirksamer Medizin.

1

Diese Formulierung ist keinesfalls als Kritik an der Ambition aufzufassen, die Funktionsweise unserer Wirtschaft makroökonomisch konsistent abbilden zu wollen. Im Gegenteil. In ihr schwingt lediglich eine gewisse Enttäuschung über Vielzahl, Anspruch und Ergebnisse von Expertisen mit, die eher noch zusätzlich die Wege der ohnehin recht mühsamen Gratwanderung empirischer, makroökonomischer Forschung verstopfen.

Im Vordergrund der Besorgnis stehen dabei allgemeine Vorstellungen zu Begrifflichkeiten der Angebots- und Nachfrageseite, wie Export, Lohnhöhe, Produktivität. Im Vordergrund steht also das Thema Nr. 1 und die Aufgabe Nr. 1 der Makroökonomie: Die - würdige - Sicherung von hochwertigen Arbeits- als Existenzplätzen. Diesem Thema ist schon derart viel Aufmerksamkeit "geschenkt" worden, daß wissenschaftlich erschöpfendes Replizieren gar nicht mehr geleistet werden kann. Hier wird deshalb gewagt, Aspekte der empirischen Wirtschaftsforschung einmal ohne Zahlen, ohne Formelakrobatik und ohne fußnotorische Rückbindung an (wissenschaftliche) Autoritäten vorzuführen. Nur die nächste Seite ist die (berühmte) Ausnahme von dieser Regel.

Makroökonomien: Täter und/oder Opfer?

Noch in den sechziger Jahren schienen Begriffe, wie "Produktivität", "Sparen", "Kosten", "Gewinne", "Wachstum", "Zinsen" u.v.a., Denkmustern unterlegt zu sein, um die sich Volkswirte bemühten in dem Bemühen, ein volkswirtschaftliches System ganzheitlich zu erfassen und mit wenigen "Gedankengriffen" steuern zu helfen. Makro- und Mikrobegrifflichkeit gingen "Gedanke in Gedanke" etwa so: Wenn man viel spart und investiert, kann man die Produktivität erhöhen und dadurch die Kosten senken und einen guten Gewinn machen. Das Investieren (identisch mit dem Sparen in der gesamtwirtschaftlichen Formel) - war der entscheidende Primärimpuls, dem auch die Wachstumsformel von Harrod-Domar folgte.

Zumindest marktwirtschaftlich zusammengefügte Systeme schienen mit diesen Denkmustern recht robust ihre Entwicklung verfolgen zu können. Allgemeine Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik schienen damals an einem Strang zu ziehen: Zog das allgemeine Wachstumsgeschehen sie nun mit oder wurde es von ihnen gezogen? Mit der Theorie der komparativen Kostenvorteile Frankreichs bei der Weizenproduktion wurde der Aufbau der europäischen Gemeinschaft auch wirtschaftswissenschaftlich begrüßt, und die Diskussion der Entwicklungshilfe mit der 1 vH-Formel (vom Bruttosozialprodukt) war Ausdruck von Hoffnung auf Wachstum dieser

Länder und nicht von Befürchtung, Standorte an ärmere Länder zu verlieren¹. Die etwa seit Mitte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland allgemein diskutierte Auffassung, das auf die Konferenz von Bretton Woods (1944) zurückgehende System von festen Wechselkursen durch ein solches von flexiblen abzulösen, war verständlich und passend zu einem allgemeinen Unbehagen, immer mehr "schufteln" zu müssen, um sich beispielsweise eine Reise in die USA leisten zu können.² Die Worthülse "Divergenz der Inflationsraten" bzw. Autonomie der Geldpolitik wurde Denkfürer und überlagerte - vom Ergebnis her - eine der anderen Seiten der Wechselkursmedaille, nämlich den Goldminencharakter³ einer (vermeintlich) ungepflegten Leitwährung.

1

Es wäre vielleicht ein gesonderter Beitrag zu dieser Thematik angebracht, der sich mit der Höhe und den Finanzierungsformen der zur "Entwicklungshilfe" der Bundesrepublik Deutschland rechnenden Leistungen (projektgebundene und nicht-projektgebundene Kapitalhilfe, technische Hilfe usw.) etwa Mitte/Ende der sechziger Jahre im Vergleich zu 1991/92 und den Finanzierungsformen des Importdefizits der neuen Bundesländer befaßt.

2

Den 1. Diskussionsbeitrag seiner überaus geschätzten Veröffentlichungsreihe widmete das Institut für Weltwirtschaft in Kiel im September 1969 diesem Thema. Vgl.: Kasper, Wolfgang: Internationale Währungspolitik - Ein Überblick über die Reformdiskussion und eine Zwischenbilanz -. In: Kieler Diskussionsbeiträge zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen.Nr. 1, 1969.

Der Schlußsatz lautet: "In der Bundesrepublik scheint die Bereitschaft gering, den Geldwertschwund im Ausland widerstandslos mitzumachen." Wann eine deutlich fühlbare Unterbewertung der DM eingesetzt hatte, wird hier nicht weiter verfolgt. In den argumentativen Vordergrund der Wechselkursdiskussion wurde nun nicht die recht teure Reise eines deutschen Einkommensbeziehers in die USA gestellt, sondern die Besorgnis um die Steuerung der inländischen Wirtschaft, speziell der Geldmenge und damit der Inflationsrate, bei **relativen Veränderungen** des Geldwertes.

Der Anstoß dazu, dieses Diskussionspapier zu schreiben, ist - seltsamer Zufall - einem Vortrag eben jenes Autors, Wolfgang Kasper, zuzuschreiben, den er am 7. November 1995 am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zum Thema eines "institutionenökonomischen Ansatzes" hielt. Vgl. auch: Kieler Arbeitspapier Nr. 694: Liberating Labour - the New Zealand Employment Contracts Act. Juli 1995.

3

Immer dann, wenn sich im Leitwährungsraum (Ausland) die Preise inflationär stärker erhöhen als im Inland, besteht die Möglichkeit, bei in diesen Raum exportierten und dort umgesetzten Waren und Dienstleistungen zusätzlich Gewinne zu erzielen, indem die (Mehr)Erlöse in Auslandswährung in die einheimische Währung umgetauscht werden. Dieser Vorgang ist vergleichbar dem (Zufalls)Fund eines Goldklumpens, der erfahrungsgemäß recht belebend auf Nachfrage und Angebot wirken kann. Während Gold immer noch als Zahn-, Blatt-, Schmuck- und Industriegold Verwendung finden kann, handelt es sich bei wechselkursbedingten Geldmengeneffekten um eine Information mit der (impliziten) Macht, ein Mehr (leider auch Weniger) an realen Werten zu schaffen.

Lehrformeln zur "makroökonomischen Produktionsfunktion" aus der Welt des "American Economic Review" fanden - verständlicherweise - Eingang vorzugsweise in sozialistisch-zentralistisch geprägte Denkmodelle. Aber auch Makroökonomen hier begeisterten sich seit den sechziger Jahren zunehmend für diese Form der wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnis, die vielleicht in der Totalen Faktorproduktivität (TFP) ihren vorerst letzten erkenntnistheoretischen Triumph feierte.¹ Als wissenschaftliche Absicherung des rechten Pfades der wirtschaftlichen Steuerung dort (in den sozialistischen Staaten) wurden Produktionsfunktionen zu Leerformeln und Ausdruck der Vermessenheit der mit "Macro Modeling" Beschäftigten, mechanistische Denkmuster dem Zusammenspiel zwischen Menschen und Institutionen und wirtschaftlichem Handeln als Motivation, Existenzsicherung, Lernen, Erkennen, Spielen, Überwinden von Abhängigkeiten unterlegen zu wollen. Unsere Generation darf einfach nicht verdrängen, daß es noch vor gar nicht langer Zeit tatsächlich gelungen war, das "know why" einer Gesellschaft auf Worthülsen, wie "Aufbau, Fortschritt, Frieden, Völkerfreundschaft" zu übertragen und das "know how" in den nunmehr neuen Bundesländern in etwa 30 Jahren auf etwa 30 vH der Systemproduktivität ihres dekadenten nachbarschaftlichen Systemfeindes abzuwerten. Diese Erinnerung verhilft vielleicht zu etwas mehr Bescheidenheit und Demut gegenüber dem, das wir nicht wissen.

Unter dem Eindruck der veröffentlichten Diagnosen scheint die Bundesrepublik Deutschland - unbeeindruckt von den kurz- und mittelfristigen Wachstumschancen, die jüngst die deutsche Einheit bot, - in einer "verstetigten Konjunkturdelle" zu verharren. Das annähernd verstetigte Wachstum der Zahl der Arbeitslosen ist schon seit langem nicht mehr ein konjunkturelles Malheur, sondern Ausdruck einer Schwäche im System: Es gelingt mit den Instrumenten (Institutionen), über die das System verfügt, nicht mehr hinreichend, dringend zu erledigende Aufgaben den händeringend auf Aufträge, also auf Geld Wartenden zu übertragen.

¹ Gegen das Bemühen, aus einem Produktionsergebnis heraus auf die (gerechtfertigten) "Entlohnungen" (Beiträge) der Faktoren Arbeit, Kapital und Sonstiges schließen zu wollen, ist eigentlich nur pragmatisch einzuwenden, daß sich Produktion immer in einer spezifischen Umwelt und Kombination sowie Organisation von Arbeit vollzieht, die stets danach trachtet, rationellere Verfahren zu entwickeln, d.h. bei nur endogenen Änderungen mehr zu produzieren. Als Information über das (gemessene) Produktionsergebnis steht nur das gesamtwirtschaftliche Einkommen (Bruttowertschöpfung), determiniert von der effektiven Nachfrage abzüglich der aufgelaufenen Kosten (für Vorleistungen), zur Verfügung.

Als sich im Frühjahr des vergangenen Jahres in Japan die Hoffnungen auf eine Überwindung der seit Beginn der Heisei-Regentschaft anhaltenden Rezession (wieder) zerschlagen, deutet der medienwirksame Widerhall auf eine (noch?) erstaunlich offene, engagierte Bereitschaft der empirischen Wirtschaftsforschung zu ganzheitlichen Ansätzen. Danach wird der derzeitigen Situation kein dominant konjunkturtheoretisches Muster unterlegt, sondern sie wird auch bzw. eher als Ausdruck eines "systemic fatigue" gesehen, dem die gängigen makroökonomischen Denkmuster nicht gerecht werden können (with an economic management also confused), so daß sich zusätzlich noch Perspektivlosigkeit einstellt.¹

Die Anfänge dieser Verwirrung bei der "Denkmusterverwaltung", die als Einbruch in die Kohärenz des Verständnisses von Mikro- und Makroebene gesehen werden sollte, fällt - auch für Japan - zusammen mit der 1. Ölpreiskrise Anfang der siebziger Jahre, die als erste "Nachkriegerschütterung" des ökonomischen Systems die Schubkästen der Makroökonomie für Krisenszenarien forderte und sie nur mager bestückt fand.²

Wenn bei einem Tetris-Spiel die Grundlinie durch "verworfenen" Teile zunehmend verlassen werden muß, wird das Spiel immer hektischer, wenn es nicht durch besonders große Geschicklichkeit gelingt, sich ihr wieder zu nähern. Ähnlich hektisch gestaltete sich der Entwurf von Diskussions- und Lohnrunden im Anschluß an den ersten Ölpreisschock. Für die Makroökonomie fatal war ein Sortieren ihrer Vertreter in das sogenannte Lager der "Keynesianer", oder Nachfragetheoretiker, und das der "supply side economics" bzw. Angebotstheoretiker etwa Mitte/Ende der siebziger Jahre.

Hinter der "Angebotstheorie" stand die Ideologie, daß das System aus sich heraus immer das beste Ergebnis erzielt, vorausgesetzt man lasse die Angebotsseite die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten befolgen. Als Keynesianer wurde abgetan, wer die staatliche Steuerung von Nachfrage zuließ. Diese "Spaltung" der Nationalökono-

¹ Sinngemäß zitiert nach Iwao Nakatani: The real lessons of the 1920s. In: Japan Times, 4. April, 1995, sowie Yukio Suzuki: Economy is facing a crisis. In: Japan Times, 28. März 1995.

² Mit dem Inhalt dieser Denkschubladen setzte sich der Autor dieses Diskussionspapiers etwas ausführlicher auseinander in: Preis- und Mengen Krisen auf Faktormärkten: Einige Beiträge der Input-Output-Rechnung zur Analyse ihrer kurzfristigen, gesamtwirtschaftlichen Implikationen. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Dr.rer.soc.oec. an der Universität Wien, 1982.

mie verschüttete das, was Makroökonomie leisten sollte: **Immer und für jede Situation die beiden Seiten des einen Systems**, nämlich die Angebots- (Einkommensentstehungs)seite und die Nachfrage- (Einkommensverwendungs)seite, d.h. Kosten und Erlöse und ihre wechselseitigen Determinanten, **zu untersuchen und Funktionsstörungen des Systems überwinden zu helfen**. Die Euphorie der "keynesianischen Lehre" hatte in der Überzeugung bestanden, daß Unterbeschäftigung als Funktionsstörung des Systems nie wieder zu einem empirisch aktuellen Thema werden muß. Und die Funktionsstörung des Systems Mitte/Ende der siebziger Jahre wurde von der "Angebotstheorie (supply side economics)" den institutionellen Eingriffen des Staates, einschließlich denen der Gewerkschaften, in das (idealtypisch gedachte) System angelastet. Hier wird die Auffassung vertreten, daß dies eine unverständlich bleibende Ideologisierung der Wissenschaft war, die eine pragmatische Diskussion der Bedingungen und notwendigen Impulse **zum makroökonomischen Ausgleich von Angebot und Nachfrage** blockierte. Vielleicht wäre der Grundgedanke von Keynes nicht derart zugedeckt worden, hätte er an Stelle von "effective demand" von "aggregate returns" gesprochen!

Ansätze zur Arbeitsmarktbelegung (Demand Management), wie sie beispielsweise als Konjunkturprogramme Mitte der siebziger Jahre, d.h. nach der ersten großen Welle von Arbeitslosigkeit, insbesondere auch am DIW konzipiert wurden, scheiterten an dieser aufkommenden "Spaltung" der Nationalökonomie. In diesen Ansätzen waren Nachfragestimulierung und Staatsausgaben vermengt. Das ist im Grunde nicht notwendig und war in der damaligen Situation des Aufkeimens von Unmut über das Selbstverständnis der staatlichen Stellen, Oberlehrer der ökonomischen Lehre zu sein (Reizwort: "Investitionslenkung"), auch höchst unpassend. Nachfrage- bzw. Einnahmenbelegung - damals wie heute - ist die entscheidende Voraussetzung für die anhaltende Nutzung von Produktionspotentialen. Am Ziel einer systemischen Bewältigung der ersten großen Welle von Arbeitslosigkeit gänzlich vorbei schoß allerdings die Vorstellung, über die Lohnpolitik die Nachfrage stimulieren zu wollen. Sie folgte aus einer recht naiven Betrachtung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungsformel, in der Einkommensentstehungs- und -verwendungsseite in ihrer Höhe identisch sind, und brachte die Nachfrageorientierung der makroökonomischen Be-

trachtung gewissermaßen ins Abseits und selbst einen "Keynesianer" dazu, auch an die Einflüsse von Lohnsteigerungen auf die sektoralen Kostenniveaus zu denken.¹

Wenn hier und für das folgende Jahrzehnt die Makroökonomie gleichsam als Täter und Opfer skizziert wird, dann deshalb, weil sie die Geister, die sie gerufen hatte, nicht mehr los wurde. Die Öffentlichkeit hingte sich an sie als Kündlerin von (mikroökonomischen) Wegen zu mehr Reichtum und erwartete positive Antworten auf alle Arten von Änderungen (in der Ausbildung, Technologie, Akzeptanz, Dynamik, Struktur). Dabei wurde die makroökonomische Begrifflichkeit schlicht "ausgeleiert", der "systemische Gummi" wurde porös, die Stimmung disharmonisch, und die Selbstheilungskräfte des Systems erlahmten. "Jobless recovery" wurde zu einem empirisch beobachteten Phänomen, das nach den zahlreichen medienwirksamen Beteuerungen den zu hohen Lohnkosten anzulasten sei.

"Beware of deflation" nannte Takahiro Miyao² seinen Beitrag zu den drängenden Fragen der japanischen Wirtschaftssteuerung noch vor der Dollar/Yen-Krise im Frühjahr 1995 und forderte: "It will be necessary for the time being to sort carefully through the options, selecting only those that fit into a policy mix aimed at keeping demand on the track of expansion." In Anbetracht dieser Präzisierung von Anforderungen an eine systemgemäße Wirtschaftssteuerung erscheint das Ergebnis, das die deutsche Nationalökonomie während und nach der Vereinigung und noch derzeit zu verantworten hat, genau als das Debakel, das es ist.

Eine (eher schon bedenklich) stark nachfrageträchtige Situation geriet in die Situation fehlenden Geldes bzw. fehlender Finanzierungsmuster für die Schaffung effektiver zusätzlicher Nachfrage und wurde dadurch einem Teilungsmodell unterworfen, bei dem - überspitzt formuliert - aus einem früheren Einkommen nun zwei Arbeitslosengehälter bezahlt werden müssen. Allerdings wurden die Handelnden auch von der makroökonomischen Theorie "im Stich gelassen". So beispielsweise wurde dem (rudimentären) Bemühen um die Dimensionen der Nachfrageentfaltung und die dafür notwendigen geld- und steuerpolitischen Signale in der schwierigen Situation

¹
vgl. Renate Filip-Köhn (Bearbeiter): Auswirkungen unterschiedlicher Effektivlohnsteigerungen auf das Kostenniveau der Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Nr. 9/1976.

²
vgl. Takahiro Miyao: Beware of Deflation. In: The Economic Eye, Vol. 15/4 (1994).

des Verbundes von zwei diametral gesteuerten Systeme mit dem Vorwurf des "marktkonformen Staatsdirigismus" begegnet und vordringlich empfohlen, "Ausschau nach leistungsfähigen ordnungspolitischen Arrangements zu halten"¹. Eine derartige Empfehlung ist Rückzug aus der Verpflichtung, makroökonomische Verantwortung in Situationen zu tragen. Sie erinnert gleichsam an einen Arzt, der ein erstickendes Kleinkind aufmerksam beobachten und der Sprechstundenhilfe diktieren würde: Wir müssen herausfinden, ob es etwas und was es verschluckt hat.

Ganz anders nun der Beweggrund für die Diskussion in den folgenden, begriffsbezogenen Kapiteln. Zumindest zutiefst, hoffentlich hinreichend tief, wird dabei um die Zuordnung der vielschichtigen makroökonomischen Abbilder zu ihren einzelnen Handlungs- und Erfahrungsebenen gerungen, um gleichsam aus der Position eines Fußreflexzonenmassieurs heraus auch einem sich verschluckenden Kleinkind helfen zu können.

Begriffliche Aspekte der Angebotsseite

Produktivität und Wachstum

Ein steuerungs- und politikzentraler, die Mikro- und Makroebene durchdringender Begriff ist der der Produktivität, wobei es im folgenden nicht um seine akademisch dokumentierte Vielschichtigkeit geht, sondern um das allgemeine Verständnis und die Schwierigkeiten damit.

Grundsätzlich und treffend ist Produktivität eng mit Wirtschaftswachstum, also mit etwas Positivem, verknüpft. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf kann real nur so stark wachsen, wie es dem System gelingt, durch eine endogene Änderung in der Kombination von "Arbeit" und Umwelt jeweils mehr Güter (Waren und Dienstleistungen) bereitzustellen. Wenn Arbeit unter- oder unbeschäftigt bleibt, nutzt ein System sein Produktivitäts- bzw. Produktionspotential nicht aus. Die realen Wachstumsraten bleiben unter dem Potentialpfad. Selten wird der Wirtschaftspolitik die Rechnung aufgemacht, wie viele Milliarden DM anhaltende Rezessionen "kosten" ("Kosten" hier

¹

vgl. Alfred Schüller: Staatliche Hilfen und Kapitalimporte im Angleichungsprozeß der DDR. In.: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 39 (1990), Heft 3, S. 349-364.

verstanden als nicht dazu gewonnene, nicht produzierte Güter - vielleicht die einzige treffend zulässige Nutzung dieses Begriffs).

In realer Betrachtung kann eine Volkswirtschaft erheblich wachsen, wenn allein der Produktivitätsfortschritt groß ist. Sie kann aber auch ohne nennenswerten Produktivitätsfortschritt durch Expansion der Faktoren - extensiv - wachsen. Sie kann auch schrumpfen trotz beachtlichen Produktivitätsfortschritts - dann operiert sie mit weniger Faktoreinsatz (Arbeitsvolumen); sie schrumpft sozusagen extensiv. Wenn alle Faktoren voll beschäftigt sind, und das Wachstum bleibt gering, dann ist die systemische Kraft einer Volkswirtschaft zur technologischen Veränderung nur gering.

Technologische Spitzenreiter, wie Japan und Deutschland, zeigen seit längerem die Tendenz mäßigen Wirtschaftswachstums bei auch mäßiger Produktivitätsentwicklung, aber steigender (offener bzw. verdeckter) Arbeitslosigkeit. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, daß Arbeitskräfte eher "durchgehalten" als entlassen werden. Denn: Es ist zu bezweifeln, daß diese beiden Länder - ermüdet sozusagen - ihre endogene Fähigkeit zu technologischem Wandel verloren hätten. Vielleicht kommt es dazu, wenn weiterhin die Nachfrage so defizitär ist, daß Motivation und Engagement unter dem Druck dieses Mangels bzw. Erfolgs zerfallen. Vielleicht ist es wirklich schon - durch einen seit längerem zu vermutenden "Systemfehler" im Steuer- und Geldkreislauf und notleidender Nachfrage nach Arbeitskraft - dazu gekommen. Das gemessene Ergebnis für "Produktivitätsfortschritt" - als Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen - jedenfalls ist Ergebnis von vielschichtigen Entscheidungen auf der Angebots- und Nachfrageseite und kann keinen Aufschluß über die Wirkungen von Entscheidungen geben - insbesondere nicht von jenen, etwas nicht zu tun. Zudem sind die Ergebnisse mit Meßunschärfen behaftet, die aus den Schwierigkeiten herrühren, nominale Einnahmen und Ausgaben mittels detaillierter Preisindices auf "reale Werte" umzurechnen.

Daß ein die Umwelt schonendes, ein umweltverträgliches, ein "sustainable" Wachstum - um den einprägsamen englischen Begriff beizubehalten - zwangsläufig mit niedrigerem Produktivitätsfortschritt und damit niedrigerem Wachstum verbunden sei, ist zwar eine weit verbreitete, aber keine unbedingt notwendige Vorstellung. Es geht darum, daß - absolut - die Umwelt belastende Aktivitäten zurückgefahren werden (insbesondere der Primärenergieverbrauch aus fossilen Brennstoffen). Diesem Primat hat sich jede Wachstumsrate unterzuordnen. Und es gibt keinen grundsätzlichen Zwang zu festen Rohstoffkoeffizienten. Im Gegenteil. Das System ist endogen ja so angelegt, daß es mit immer weniger Input mehr Output produzieren muß bzw. auch möchte. "Sustainable growth" bedeutet nicht zwangsläufig geringeres Wachs-

tum, sondern Produktion in anderer Form von Input Technologie) und Output (Produktpalette), in einer dem Primat der Umweltschonung und -verbesserung angepaßten Form. Nicht der Verlust eines Arbeitsplatzes als Braunkohlenträger - zum Beispiel - darf zum Maßstab einer guten oder falschen Wirtschaftspolitik gemacht werden. Nur der Verlust eines Existenzplatzes wäre "schlecht", der Verlust einer umweltbelastenden Aktivität dahingegen "gut".

"Unproduktiv" zu sein war und ist schon immer - vom Begrifflichen her - ein Makel, und der Gedanke der materiellen Produktion als produktiver wirtschaftlicher Tätigkeit gegenüber den klassischen Dienstleistungen, einschließlich staatlicher Verwaltungsleistungen, die als "unproduktiver Bereich" eingestuft werden, fand nach langer dogmengeschichtlicher Diskussion Eingang in das MPS (Material Product System) der sozialistischen Staaten. Nach ihrer Implosion, d.h. nach Zerfall ihrer Institutionen, werden die Menschen dort bei dem makroökonomischen Verständnis gerade des Produktivitätsbegriffs am deutlichsten allein gelassen. Sie können nicht verstehen, warum ein fleißiger Bauarbeiter dort weniger produktiv sein solle als ein solcher im "Westen", der für gleiche Arbeit mehr Lohn erhält.

"Lohnkosten" als Einkommensgegenwerte

Vielleicht ist es wichtig und hilfreich, zu unterscheiden zwischen

individueller, sektoraler und systemischer Produktivität.

Evident können sektorale und systemische Produktivität nicht hoch sein, wenn alle Mitglieder eines Systems schlicht faul sind, d.h. die *individuelle Produktivität* gering ist. Aber: Individuell hohe Produktivität (Fleiß) garantiert noch keine hohe *systemische Produktivität* (gesamtwirtschaftliche Effizienz): Wenn viele Fleißbienen ihre Königin verlieren, produzieren sie keinen Honig mehr. Synergie, Kohärenz, organisatorischer Fortschritt, Arbeitsteilung, gute Einfälle - dieses sind Begriffe, die die Fähigkeit moderner Volkswirtschaften zu endogener Veränderung ihrer Kombination von Arbeit und Umwelt mit dem Erfolg eines wachsenden, produzierten Güterberges beschreiben helfen. Es sind die vielen, kleinen, oft unbemerkten Regeln bzw. nicht beschriebenen Signale, die im Miteinander ihrer Mitglieder eine effiziente Volkswirtschaft, d.h. ein System hoher Effizienz bzw. hohen Produktivitätsniveaus zustandebringen.

Es gibt eine umfangreiche Literatur zu Sozialproduktvergleichen, i.e. implizit zur Messung des Abstandes in der systemischen Produktivität. Üblicherweise werden

die Sozialprodukte durch Multiplikation aller VGR-Werte mit dem Wechselkurs bzw. einer "purchasing power parity (ppp)" als einzigem Faktor umgerechnet. Die Implikationen dieser Methode wurden deutlich, als im Zuge der deutschen Vereinigung und mit Verantwortung für einen geldpolitisch vertretbaren Austausch der Mark-Währung durch die Deutsche Mark (DM) das deutsche-deutsche Produktivitätsgefälle als systemischer Abstand ausgelotet werden mußte, d.h eine VGR zu interpretieren war, die zum einen einem anderen Buchungskonzept (MPS) und zum anderen einer ungewohnten Preissetzung unterworfen war.¹

Wegen der Identität von Einkommensentstehungs- und -verwendungsseite bei der Berechnung der Höhe eines jeden Sozialprodukts *kann die Leistung eines fleißigen Bauarbeiters immer nur mit dem, was er für sein Entgelt bekommt, also mit dem Einkommensgegenwert, bewertet werden.* Und dies ist kein Griff in die Trickkiste der Statistik. Im Gegenteil: Statistisch ist dieser Prozeß der Wertbildung innerhalb eines Systems gar nicht nachzuvollziehen. Allenfalls analytisch. Logisch knüpft dieses Faktum voll daran, daß es ärmere und reichere Volkswirtschaften gibt. Und: Genau diese Bewertung einer Leistung mit einem systemisch erzielten Einkommensgegenwert machte es so schwierig, auf mikroökonomischer Ebene dem geflügelten Wort vom gleichen Lohn bei gleicher Arbeit entgegenzutreten - insbesondere da seit Mitte 1990 beide Systeme in eines aufgingen und dennoch die volle Lohnangleichung nicht *uno actu* vollzogen werden durfte.

Bei den Diskussionsprozessen im Zuge der deutschen Vereinigung wurde aber noch ein anderes Denkmuster erkennbar: Es wurde befürchtet, daß die Wirtschaft der (damaligen) DDR nicht wettbewerbsfähig sei, weil ihre Produktivität zu gering sei. Arbeitsplatzverluste seien aus diesem Grunde zu erwarten. Wie würde diese Vorstellung zu derjenigen passen, daß in (reichen) Volkswirtschaften mit hohem Produktivitätsniveau genau das Gegenteil, nämlich der Verlust von Arbeitsplätzen an (arme) Länder mit niedriger Produktivität (Billiglohnländer) befürchtet wird?

Der Preis eines Gutes repräsentiert in der Regel einen bestimmten Einkommensgegenwert. Produktivitätsunterschiede sind wettbewerbsneutral, da sich je nach systemischem Produktivitätsniveau lediglich mehrere oder nur wenige Einkommensbe-

1

Vgl. dazu: Renate Filip-Köhn (DIW) und Udo Ludwig (ZfW): Dimensionen eines Ausgleichs des Wirtschaftsgefälles zur DDR. Diskussionspapier des DIW Nr. 3. März 1990.

Die Einschätzung der systemischen Produktivität mit Hilfe der Input-Output-Rechnung auf nur etwa 30 vH im o.a. Papier ließ auf ein Sozialprodukt (der DDR 1988/89) von 230 Mrd. DM schließen und wurde durch die spätere Entwicklung bestätigt.

zieher in einen bestimmten Stückerlös teilen müssen. Ein Land mit systemisch geringer Produktivität ist genauso wettbewerbsfähig bei der Herstellung eines Gutes x wie ein effizienteres Land: Es muß nur z.B. 3 (geringe) statt 1 (hohes) Lohneinkommen für die Produktion des gleichen Gutes zahlen. Die Wettbewerbsunfähigkeit der NBL lag beim Systemübergang grundsätzlich nicht an ihrer geringen systemischen oder sektoralen Produktivität, sondern an qualitativen Aspekten und insbesondere an Einkommensgegenwertforderungen (Lohnangleichung), die überzogen und somit nicht wettbewerbsneutral waren.

Ein reiches Land muß den Verlust von Arbeitsplätzen an Billiglohnländer nur deshalb fürchten, weil auch diese sich entwickeln und sich an den Wohlstandsführer anpassen wollen. Solange diese Anpassung noch nicht vollzogen ist, können systemische und sektorale Produktivität auseinanderfallen, d.h. bei Produktion eines **voll handelbaren** Gutes mit effizienter Technik in einem systemisch wenig(er) effizienten Land verdrängt 1 (niedriges) Lohneinkommen dort zweifellos 1 (hohes) Lohneinkommen hier. *Dieser empirisch durchaus evidente - nur für handelbare, mit gleich effizienter Technologie produzierte Güter gegebene - Standortvorteil ärmerer Länder war jahrzehntelang und unangefochten in jedem Kalkül der Entwicklungshilfe enthalten gewesen. Die Diskussion ist derzeit so unangenehm scharf geworden, weil offensichtlich die systemische Geborgenheit in weiter entwickelten Ländern verloren wurde, d.h. die Existenzangst dort wächst. Ähnlich, wie wir die gesellschaftliche Moral dahin verbogen haben, daß wir Menschen über 40 die Leistungs- d.h. Einkommensfähigkeit aus Arbeitseinsatz absprechen, fürchten wir, daß die "jungen", dazugekommenen Systeme "uns die Butter vom Brot" nehmen. Eher bieten sie uns doch nur zusätzlich ein Butterbrot an.*

Exportorientierung und Imports substitution waren sanktionierte Ziele für Entwicklungsländer. In der räumlichen Nähe und bei gleichzeitiger pathologischer Wechselkurspolitik wird besonders deutlich, daß damit versucht wird - u.U. bei Inkaufnahme heftigster Binnenschwierigkeiten -, an die Geld- und Nachfrageströme effizienter Systeme angebunden und so auch "reich" werden zu können. Markt und "Geld machen" werden synonym gedacht, das "schnelle Geld" also als der schnelle Nachfragemarkt, von dem abgezweigt wird, ohne noch zu bedenken, daß jeder funktionierende Markt mühsam aufgebaut und in seinen Stückpreisen ausbalanciert ist.

In Ruhe bedacht - d.h. Produktionen loslassen, es zulassen, daß auch im Umfeld des eigenen Systems etwas entsteht, davon profitieren, vielleicht auch Importüberschüsse zulassen, Einkommenspolitik und technologischer Um- und Ausbau hier, autonome Geld- und Binnenmarktorientierung dort - darf dieser derzeit für eine Rei-

he von Produkten durchaus gegebene Wettbewerbsvorteil (noch) armer Länder nicht dazu verführen, *generell die Lohnkosten (als Eingriffe in die Einkommensgegenwerte) senken zu wollen. Dies hieße, sich ohne reale Not gesamtwirtschaftlich auf ein niedrigeres reales Einkommensniveau zu begeben.* Nichts anderes implizieren aber die öffentlich wohlfeil ausgelegten Kausalketten, die geringes Wirtschaftswachstum aus zu hohen Lohnkosten deduzieren und eine Senkung explizit sogar der Real-löhne fordern - aus Wettbewerbs- und aus Standortgründen gleichermaßen:

Wegen zu hoher Lohnkosten sei die Bundesrepublik Deutschland als industrieller Standort unattraktiv. Um wettbewerbsfähig, d.h. attraktiv zu bleiben, muß sich folglich eine reiche Volkswirtschaft an den vom Billiglohnland vorgegebenen Preis, der einen niedrigeren Einkommensgegenwert repräsentiert, anpassen. Wie soll das geschehen? Gesamtwirtschaftlich können wir den realen (Stück)LOhn doch nur senken, indem wir gleichzeitig die systemische Produktivität senken, d.h. das gleiche Stück mit mehr Arbeit produzieren! Hier tut sich eine fatale makroökonomische Falle eines Denkmusters auf, das aus dem Umstand, daß wir zu wenig (Netto)einkommen haben, um in ausreichendem Maße Arbeit zu (Brutto)einkommen nachzufragen, folgert, daß dann halt die (Brutto)einkommen sinken müßten. Dies - invers - ist ähnlich gelagert wie die Vorstellung, die (Netto)einkommen könnten ja durch eine Anhebung der (Brutto)einkommen angehoben werden (Nachfragepolitik über Einkommenspolitik). Vielleicht ist dieses Verharren in der Lohnkostendiskussion aber auch nur Ausdruck dafür, daß die Aufgabe, Defekte in den Finanzierungsmustern zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu suchen, noch nicht gelöst ist. Mit anderen Worten: Wegen der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge zwischen der Einkommensentstehungs- und -verwendungsseite gelingt es einfach nicht, ganzheitlich zu denken.

Auch wenn "Lohnkostensenkung" nur als segmentiertes Heilmittel angewendet werden soll: Mit vollem mikroökonomischen Recht dürfte von den Betroffenen nicht eingesehen werden, daß sie für ihre Arbeit nun weniger Lohn bekommen als z.B. nicht dem Wettbewerb durch Billiglohnländer ausgesetzte Beamte. Um der Gerechtigkeit willen dürften partielle Lohnsenkungen auf alle anderen Einkommen ausstrahlen. Bei unveränderten Preisen könnten wir so - bei systemisch unverändert hoher Produktivität der rasch sinkenden Zahl von noch Beschäftigten - in der Tat den Marsch in die Armut antreten. Wegen Nachfragemangels wird Deutschland als Standort dann aber sogar noch unattraktiver. Wenn - und darum ging es ja im ersten Schritt - auch alle Güterpreise nach unten gehen, dann haben wir eine allgemeine Preis- und Lohnsenkung (**Deflation**); diese wiederum macht aber keinen Sinn, denn:

Durch sie wird kein Gut relativ billiger und eine Volkswirtschaft nicht wettbewerbsfähiger. Das, was vielleicht mit einer Wechselkurskorrektur hätte bewerkstelligt werden können, wäre qua Deflation gefährlich teuer bezahlt. Gefährlich, weil es bei derartigen Kraftakten zu Verwerfungen in den einzelnen Budgetlinien kommen kann, die jeweils gar nicht abzusehen sind. Und teuer, weil bei Bewegungen nach unten über Einkommensmechanismen kontraktive Multiplikatoren ansetzen, die - anders als bei einem Beschluß, aus alt 100 Lire neu 1 Lira zu machen - auch im Realen mit Verlusten verbunden sein können.

Die Entfaltung/der Zusammenbruch eines Systems hängt eng zusammen mit den Denkschablonen, die es benutzt. Zumindest diese Lehre ist eine Errungenschaft des (abgeschottet) sozialistischen Wirtschaftens während der 40 Jahre ehemaliger DDR. Da diese Errungenschaft so viel gekostet hat (an quantitativem und qualitativem Minus gegenüber anders operierenden Systemen), sollten wir sie nutzen und uns äußerst vorsichtig dem nähern, was wir meinen erkannt zu haben. Gerade im Zuge der Lohnkostendiskussion ist u.a. - über die Begriffe Rationalisierungsinvestition und Arbeitsplatzvernichtung - das Grundmotiv unseres Systems, produktiv sein zu wollen, deutlich verbogen worden. Produktivitätsfortschritt sei ein "job killer", und er sei am besten zu vermeiden - so lauteten wieder einmal die Bedenken gegen neuere Entwicklungen, beispielsweise auf dem Gebiet der Informationstechnik. Diese Verwirrungen sind umso bedauerlicher, weil makroökonomisch gilt: Hohe Produktivität und Reichtum sind identische Begriffe; nur wenn die Produktivität wächst, können mehr Einkommensgegenwerte geschaffen werden. Erwerbstätigkeit quasi zum Nulltarif als Instrument in hoch entwickelten Geldwirtschaften, um Zukunftsarbeitsplätze zu sichern? Das macht keinen makroökonomischen Sinn: Denn Nulllöhne bzw. relativ niedrige Löhne sichern keinen (einzigen) Arbeitsplatz, weil sie nichts bzw. wenig zur Erhöhung der effektiven Nachfrage beitragen können. Daß aber Löhne - instrumental - auch nicht Träger dieser Erhöhung sein sollten, wurde bereits weiter oben ausgeführt.

Aber auch als Argument in intrasystemischen Überlegungen zur Existenzsicherung sollte das Denkmuster "Zu hohe Lohnkosten" vorsichtig ausgemustert werden. Die Senkung der Zahl der Arbeitslosen in den USA durch Schaffung von Billiglohnarbeitsplätzen wurde zwar als Erfolg dieser Lehre gefeiert, und höchstwahrscheinlich ist auch eine Beschäftigung zum annähernden Nulltarif einem "kostenden" Verhalten im sozialen Netz vorzuziehen. Dieser Weg ist aber - vom theoretischen Ansatz her - nicht beispielhaft, denn er wird den Grundmotiven von Wirtschaften nach

(westlichem) Menschenmaß nicht gerecht: Im System angelegt sind Fortschritt, Lernen, es besser tun - gegenüber den Alten und für die Nachwachsenden.

Auf einer ganz anderen - mit dem Lohnkostenargument leider verquickten - Ebene angesiedelt ist die Besorgnis, daß Marktpreise durch eine finanzorganisatorische Überfrachtung zu hoch geworden sein könnten, um innerhalb des Systems noch Angebots- und Nachfrageseite ausgleichen zu können. Jeder Marktpreis läßt sich institutionell aus vielen einzelnen Komponenten (netto ausgezahlten Löhnen, Lohnnebenkosten, direkten! und indirekten Steuern u.v.a.) zusammengesetzt denken und berechnen. Marktpreise schleppen sozusagen organisatorisch das gesamte soziale Netz mit. Und es besteht die starke Vermutung, daß aus finanztechnischen Gründen das System keine hinreichende Nachfrageregenerierung bzw. -erhöhung mehr bewerkstelligen kann und deshalb ermüdet ist.

Die dem Lohnkostenargument letztlich unterlegte Vorstellung der Markträumung (auch des Arbeitsmarktes) bei niedrigen Preisen geht auf ein Uraltdenkmuster zurück, nach dem sich eine gegebene Nachfrage auf mehr Menge verteilen kann, wenn der Stückpreis niedriger wird. Perverse Umkehrung ist die in der Öffentlichkeit häufig verbreitete Vorstellung, daß mehr Menschen Arbeit hätten, wenn sie sich nur den Arbeitsplatz teilen.

Diese, den Vermarktungsstrategien auf einem gesunden Wochenmarkt - als Prototyp des "Marktgeschehens" - abgeluchste Weisheit verkennt, daß die einfachste und offenkundigste aller mikroökonomischen Verhaltensregeln, nämlich "unter Preis" anzubieten, um zu räumen, auch nur dann funktioniert, wenn im Durchschnitt der Tageseinnahmen (je Stück mal Stücken) die kulturelle Existenz des Anbieters gesichert bleibt. "Du hättest mit dem Preis eben noch weiter runtergehen sollen" beraten die Makroökonomien den Marktschreier, wenn er wegen eines kräftigen Einnahmende-fizits (bei Preisnachlässen und beinahe geräumtem Marktstand) bedrückt ins Armenhaus schleicht.

Steuerung über die Produktionsseite?

Der Begriff der sektoralen Produktivität ist eher im Zusammenhang mit Diskussions-ebenen, wie "produktivitätsorientierte Lohnpolitik", "Deflationierung" (als statistischer Methode), "Preise für Dienstleistungen", aber auch noch - und die Steuerungsfunktion des Produktivitätsbegriffs für realwirtschaftliches Wachstum verletzend - mit der Vorstellung von "job killing" als Freisetzung von Arbeitskräften durch technischen Fortschritt anzusiedeln.

Das letztere ist im vorigen Kapitel bereits angesprochen worden und zeigt die Janusköpfigkeit der derzeit im System angelegten Entscheidungsmuster: Ureigene systemische Fähigkeit und Primärimpuls sowie Voraussetzung für eine wachsende Volkswirtschaft ist, mit weniger mehr erzeugen zu können. "Arbeitsplatzvernichtender" technischer Fortschritt in einer mißlichen Verquickung mit dem Begriff "Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen" wurde zu einem negativen Systemstigma auch für "sektorale Produktivität". Von der Analyse sektoraler Rechenwerke wurde nun erhofft, daß sie die Antwort liefern: Neue Technologien gebären per Saldo mehr Arbeitsplätze als sie vernichten. Dies ist zuverlässig nicht möglich, da sich die für die störungsfreie Einbettung einer neuen Technologie unerläßliche Nachfrageseite nicht über die Technologie, sondern letztlich nur über effektive Nachfrage regeln läßt.

Es ist schwer, Verletzungen im Primärimpulssystem eines Systems wieder zu heilen. Volkswirtschaften sind wegen ihrer Steuerung mittels Information Verletzungen durch Denkmusterfehler in besonderem Maße ausgeliefert. Umso stärker sind unsere Denkmusterverwaltungen (Universitäten, Zentralbank, Wirtschafts- und Finanzministerium, Forschungsinstitutionen, Arbeitsmarktverwaltung, Wirtschaftsredakteure), aber auch jeder von uns, angehalten, Argumentationshektik und -profilierung zu vermeiden. Rechenfehler können aufgedeckt und entschuldigt werden. Bei Wirkfehlern im Denkmuster wird alles sehr viel schwieriger. Die Vorsicht muß nun nicht so weit getrieben werden, daß selbst in wissenschaftlichen Berichten keine Aussage mehr zu finden ist.

In diesem steht nun schon, daß vier Millionen Arbeitslose und viele mehr eine systemisch geborgene Existenz brauchen - und damit ist kein Einsatz als Teppichknüpfer zu asiatischen Löhnen in Deutschland, noch der eines Lufthansakapitäns zu eben diesen oder gar ein solcher als industrielle Reservearmee gemeint. In diesem Bericht steht auch schon, daß das Verknüpfen einfacher Wahrheiten mit anderen einfachen Wahrheiten in der Makroökonomie häufig nicht mehr Wahrheit, sondern nur mehr Verwirrung bringt.

Auf das Problem einer adäquaten Nachfrageentwicklung weist schon eher die Diskussionsebene der "produktivitätsorientierten Lohnpolitik" hin. An ihr lassen sich auch einige Fragezeichen einhaken, die Unsicherheiten in der makroökonomischen Lehre andeuten bzw. Defizite hinsichtlich einer makroökonomisch konsistenten Verbindung von Einkommensentstehungs- und Einkommensverwendungsseite in einem "dynamischen" Prozeß, d.h. einer Rechnung, die den Aufbau der einzelnen Schrittfolge erkennen läßt.

Zunächst bedeutet eine Verletzung der "produktivitätsorientierten Lohnpolitik" - plausibel und wohl zutreffend -, daß Effektivlohnsteigerungen, die das Ausmaß des technischen Fortschritts überschreiten, nur zu Lasten von Gewinnen (und damit von Nachfragepotential sui generis) oder zu Lasten der Preisniveaustabilität durchgesetzt werden können. Dies gilt insgesamt und auch sektoral. Wegen der Identität von Einkommensentstehung und -verwendung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde die Lohnpolitik - in den siebziger Jahren noch weit verbreitet - als instrumental für die Nachfrageentwicklung und damit Beschäftigungsentwicklung angesehen. Damit wurde das Pferd vom Schwanz aufgezäumt und die Angebotsseite in die Vorstellung ständig steigender, zu hoher Löhne gedrängt, die sie mit ihren Preisen nicht mehr auffangen könne. Der Hebel für eine effektive Nachfragepolitik ist halt effektive Nachfrageentfaltung und nicht das "Kostenniveau" einer Volkswirtschaft.

Das Denkmuster "produktivitätsorientierte Lohnpolitik" war eine Ergänzung zur stabilitätsorientierten Geldpolitik und damit eher ein Rammbock gegen den Mißbrauch der Lohnpolitik als Beschäftigungspolitik. Bei konstanten Preisen erhalten abhängig Beschäftigte so viel mehr Einkommen, wie sie zur Entstehung des (zusätzlichen) Sozialprodukts beigetragen haben. Aus dieser Vorstellung folgt, daß relative Lohnerhöhung und Ausmaß des Produktivitätsfortschritts nach dem Prinzip des "Mehr Produkt - mehr Lohn" zusammenhängen. Die Erfüllung dieser sektoralen Implikation blieb gerade in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung eine von den Betroffenen häufig gestellte Forderung, denn: Relativ zügig differierten die Verfahrenstechniken, eine differenzierte Lohnangleichung schien angebracht. Aber: Zum einen hätten relativ hohe Lohnzuwächse mögliche Wettbewerbsvorteile wieder zunichte machen können, und zum anderen kann ein relativ produktiver Sektor nur dann mehr absetzen, wenn entsprechende Einkommen und Nachfrage vorerst bzw. *uno actu* auch in anderen Sektoren generiert worden sind. Auch die Begründung von Lohnerhöhungen im sogenannten Dienstleistungsgewerbe fiel unter den Denkkategorien des sektoralen Produktivitätsansatzes immer etwas schwer.

Vielleicht bietet sich deshalb auch bei dem Begriff "produktivitätsorientierte Lohnpolitik" ein systemisches Umdenken an in Richtung "systemproduktivitätsorientierte Lohnpolitik". Die Überraschung, die Motivation läge dann bei den Gewinnen, und eine Beteiligung der Belegschaft daran *ex post* ist für das Miteinander des Wirtschaftens deutlich angenehmer als eine Verpflichtung der einen Partei *ex ante* auf einen bestimmten Preis für Arbeit. Auf jeden Fall kann hier, an dieser Stelle des Übergangs zur Nachfrageseite, an dieser Nahtstelle in zweifacher Hinsicht, festgehalten

werden, daß wir vieles über systemische Steuerung noch nicht wissen: Sektormodelle, die explicit den technischen Fortschritt "modellieren", füllen Bücherschränke, aber es ist noch kein Sektormodell bekannt geworden, das umfassend und über beide Seiten des Kreislaufs die grundlegenden Beziehungen zwischen technisch-organisatorischem Fortschritt, Löhnen, Preisen und relativen Preisen, Mengen und relativen Mengen, Nachfrage und relativer Nachfrage, Steuern und Staatsausgaben, Arbeitsvolumen und Qualitätsanforderungen untersucht und durch Simulation abfragt, ob das institutionell so gefahrene Wirtschaftssystem "Deutschland" aus sich heraus überhaupt in der Lage bliebe, jedem seiner Bürger zu vermitteln, daß er "wertvoll" ist und mit der Zeit und seiner Erfahrung noch wertvoller wird. Oder: Könnte es sein, daß durch Verletzungen von Regeln - und welcher - das System aus sich heraus dies überhaupt nicht mehr vermag?

Begriffliche Aspekte der Nachfrageseite

Die Endnachfrage

Die Endnachfrage, ein stehender Begriff der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, eines sehr prägenden und von der Allgemeinheit akzeptierten Denkmusters, ist die Summe aus privatem Verbrauch, öffentlichem Verbrauch, Anlageinvestitionen, Vorratsveränderungen und Ausfuhr während eines Jahres. Vermindert um Importe - und mit dem Salzkorn der Vernachlässigung von einigen unerheblichen Zu- und Absetzungen - entspricht dieser Ausdruck der Differenz aus amtlich erfaßten Bruttoproduktionswerten und deklarierten Vorleistungen. Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt, das Ergebnis für die Einkommensentstehungs- und Einkommensverwendungsseite, sind im Buchungssystem identisch, und diese Identität verführt immer wieder zu der Hoffnung, durch die Schlichtheit dieses Gleichungssystems auch einfache Antworten finden zu können. Zwischen den beiden Seiten eines Tableaus liegen aber Zeit und alle Entscheidungen, die falschen und die richtigen, das Lernen, das Vergessen, die Katastrophen, die Alltagsroutine, und daß manchmal auch etwas Neues gut gelingt. Was auch immer wie geschieht: Angebot und Nachfrage sind in der gesamtrechnerischen Aggregation per definitione ausgeglichen.

Es grenzt an ein statistisches Wunder, daß errechnete Wachstumsraten für das Bruttoinlandsprodukt, insbesondere in konstanten Preisen, zwar nur grobe, aber doch verlässliche Markierungen der Marschrichtung einer Volkswirtschaft zu sein scheinen.

Vom Begriff her deutet das Wort Endnachfrage auf das Ende einer Produktionskette, den Sinn des Produzierens. Da Investitionsgüter nun Mittel zum Produzieren sind und öffentlicher Verbrauch auch nicht immer als sinnvoll erscheint, die ärztliche Betreuung eines Skiunfalls ebenfalls kein reiner privater Konsum im Sinne von Genuß ist, auch Umweltschäden angerechnet werden könnten, wäre es durchaus denkbar, auch andere Gleichungssysteme aufzustellen. Dafür ist jetzt aber nicht die Zeit, und die systemische Geborgenheit kann auch nicht durch ständiges Abändern ihrer Informationsgrundlagen erhöht werden. Und dies ist auch nicht nötig: *Denn jedes geldwirtschaftliche Gleichungssystem, wie auch immer es konzipiert sein möge, kann nur angelassen werden, indem jemand jemandem für irgendein Gut wenigstens die institutionell kleinste Geldeinheit gibt. Die derzeit praktizierte VGR (in Input-Output-Form) ist zwar eine gewissermaßen willkürliche, aber zweckmäßige und konsistente Ordnung von "Geldflüssen", obwohl man sich für die Analyse von Blockaden in den Prozessen des Übergangs von einem Abbild zum anderen durchaus Umordnungen der vorhandenen Daten vorstellen könnte, die stärker auf die Details von Finanzierungswegen bzw. Geldflüssen zwischen Einkommensentstehung und Einkommensverwendung unter besonderer Berücksichtigung von Steuern und Endnachfrage nach Marktleistungen abstellen.*

Bleiben wir also bei den oben angeführten Komponenten der Endnachfrage (abzüglich Importen). Nur über sie kann das System angestoßen werden. Und es muß so viel mehr effektive Nachfrage geschaffen werden bzw. fließen, daß ein Mehr an produzierten Gütern (Waren und/oder Dienstleistungen) von ihr aufgesogen werden kann. Gleichsam hängt die (neue) Endnachfrage wieder in hohem Maße von ihrem eigenen Residuum ab, mit dem sie als Bruttowertschöpfung identisch ist. Die zwischen den Aktionen und Reaktionen liegende Zeit ist vielleicht nur ein Tag, vielleicht mehr als ein Jahr. Jeder einzelne Akteur, als Mikroökonom, kann nur kameralistisch in den ihm vom System zugebilligten Budgetlinien agieren. Auch der schöpferische Unternehmer kann sich nicht als Organisator von Mondflügen verwirklichen, wenn das System nicht erkennen läßt, daß es dies verwirklicht haben will. Und wenn ein System dieses auch wirklich will, aber "es fehlt das Geld", um diesen Willen in eine Nachfragetat umzusetzen, dann nützen auch alle un(ter)ausgelasteten Kapazitäten einer Volkswirtschaft nichts, um dies zu tun. Hier wird die Auffassung vertreten, daß ein System in der Regenerierung von effektiver Nachfrage im Zusammenspiel von Einkommensentstehung und Geldmittelverwendung defekt werden kann, und daß dieses "Zugeregeltsein" über die Endnachfrage weitere Blockaden nach sich ziehen kann.

Privater Verbrauch

Es ist zu vermuten, daß über Steuern und sämtliche Abgaben mit infrastrukturellem Charakter (Krankenkassen, Versicherungen, alle Arten von Gebühren von der Kontoführung bis zum Telefon) innerhalb des Systems die bei weitem größte Komponente "Privater Verbrauch" zunehmend so zugeregelt ist, daß von ihr seit langem kein nachhaltiger Nachfrage- und Beschäftigungsimpuls mehr ausgehen konnte - eher dürfte das Gegenteil der Fall sein. Und nicht, weil eine Leistung, z.B. eine private Musikschule, nicht gebraucht würde und auch "hergestellt" werden könnte, sondern "weil das Geld nicht reicht". Mit negativem Aspekt ist der private Verbrauch in seiner Eigenschaft als "Umweltverschmutzer" belegt, und es bedarf noch viel Geduld, um unsere Denkmuster hinsichtlich "Konsum" zu überprüfen.

Traditionell ist der private Verbrauch Endzweck allen Produzierens und damit Signalgeber für Investitionen. Er ist aber auch der Luxus, den wir uns leisten, mit dem wir uns um unsere Wachstumschancen bringen, denn wir können nicht investieren, was wir konsumieren. Die viel beachtete These von der Sättigung wird häufig als zunehmend offensichtlich werdende "Unfähigkeit" des privaten Verbrauchs zu einer Primäripulsgebung angesehen. Sättigung bedeutet Wachstumsstopp für einzelne Positionen, nicht jedoch Einschränkung der Möglichkeit des "privaten Verbrauchs" schlechthin, zu wachsen. Mit Kreativität könnte viel und andere Aktivität entfaltet werden, bei der Umweltbelastungen eingeschränkt und Sättigungsgrenzen überwunden werden. Nicht daher also dürfte die Dämpfung unseres Wachstums gekommen sein, sondern aus einem Prozeß, der die effektive Nachfrageentwicklung für marktbewertete Transaktionen vom dafür verfügbaren Einkommen her einschränkte.

Staatsverbrauch

Der "öffentliche Verbrauch", bzw. Staatsverbrauch, ist nicht identisch mit den Ausgaben des Staates, sondern als Entgelt für die (unentgeltlichen) Leistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung nur ein verhältnismäßig kleiner Teil davon. Zu ihm rechnen - zum Beispiel - staatliche Schulen, nicht hingegen staatliche Hochschulen, die zwar aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, aber ansonsten als autonom gelten. Nicht dazu zählen auch alle Infrastrukturinvestitionen, die vom Staat finanziert werden. Über die letzteren laufen - gedanklich - aber die Anstöße, die von einem Konjunkturprogramm für die Beschäftigung ausgehen sollten.

Die Komponente Staatsverbrauch ist insbesondere mit dem Leitbild des guten und sparsamen Wirtschaftens durch den "Vater Staat" verbunden, und ihrer Ausweitung wird unter dem Eindruck einer zunehmenden, systemlähmenden Bürokratisierung eher mit Besorgnis begegnet. Angesichts ständiger Haushaltsdefizite ist die antizyklische Haushaltspolitik als Mittel der Konjunktursteuerung seit langem nicht mehr in der Diskussion - und wenn, dann wäre sie, wie bereits erwähnt, eher mit den staatlichen Investitionen zu verbinden.

Auch ist es wohl nicht so sehr der öffentliche Verbrauch, dem ständig neue Aufgaben übertragen werden, sondern eher der Ansprechpartner "Staat" als Heiler aller möglichen Unzulänglichkeiten des Systems, der diese Aufgaben "wegen Mangels an Steuereinnahmen (Geld)" zunehmend nur unzureichend finanzieren kann. Der öffentliche Verbrauch ist kein Primärimpulsgeber und sollte es auch nicht sein. Seine Verquickung mit Staatsausgaben und Staatseinnahmen, Haushaltsdefiziten u.s.w. deutet jedoch in die von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung recht wenig ausgeleuchtete Ecke der Geldströme zwischen den Akteuren einer Volkswirtschaft. Finanzierungs- und Buchungsmodalitäten dieses streng kameralistischen Systems könnten in dem Ausmaß, in dem Geldströme über den "Vater Staat" laufen, für den Erhalt bzw. die Erhöhung der effektiven Nachfrage in jeweiligen Bruttostückpreisen hinderlich sein. Hier könnte eine wirkliche Ursache für eine Systemunverträglichkeit des Denkmusters "Haushaltsausgleich" mit "Wachstum bei Vollbeschäftigung" liegen, der durch eine Hineinpassung der Geldstromrechnung in unser "Tableau Economique" nachgegangen werden sollte. Auch wäre es zu begrüßen, wenn in diesem Zusammenhang die Grenzen zwischen sogenannten materiellen und immateriellen Infrastrukturinvestitionen aufgeweicht würden.

Anlageinvestitionen

Die "Anlageinvestitionen" (als Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen einschl. materiellen Infrastrukturinvestitionen des Staates) sind in ihrer Höhe, Struktur und ihren Entscheidungsgrundlagen zentrales Thema der Volkswirtschaftslehre. Daher werden sie hier besonders kurz behandelt: Es geht hier weder um Bestätigung oder

kritische Anmerkungen zu einzelnen Theorien, u.a. Zinstheorien¹, sondern nur um die Zusammenstellung einiger wichtiger Aspekte zum Begriff "Endnachfrage".

Investitionen sind Hereinnahme neuer Anlagen in bestehende Produktionen und/oder Errichtung neuer Produktionen mit neuen Anlagen (einschl. zusätzlicher Infrastruktur). Eine bestimmte Produktion muß über den Stückpreis so viel einbringen, daß die Komponenten der Bruttowertschöpfung (einschließlich der Abschreibungen) entgolten werden können und darüber hinaus, als Residuum, ein Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit ausgewiesen ist, das die Unternehmerleistungen "entlohnt" und eine angemessene Verzinsung des "eingesetzten Kapitals" ermöglicht.

Interessanterweise hat sich die makroökonomische Sprache, zumindest in Deutschland, bei dieser Endnachfragekomponente vom Begriff "Kapital" deutlich zurückgezogen, aber im Denkmuster des "eingesetzten Kapitals" sind es die Gegenwerte vornehmlich von Anlageinvestitionen, die davon abgedeckt sind. Noch immer sind dies die in der Bilanz aktivierbaren Posten, die Humankapital in der Breite seiner Bildung nicht einbeziehen. Wegen der Identität von Einkommensentstehungs- und Einkommensverwendungsseite ist im Eckwert des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung immer auch ein makroökonomischer Zins enthalten. Diese Größe ist mit sich selbst identisch, muß aber über alle Finanzierungsvorgänge der (sonstigen) Einkommensentstehung und -verwendung als monetäre Dimension "mitgeschleppt" werden.

Für die Herstellung von Investitionsgütern selbst werden Arbeitskräfte benötigt, und für den Betrieb neuer Anlagen werden in der Folge Arbeitskräfte gebraucht, und doch ist es wichtigste Funktion von "Investitionsgütern", Produktivitätsfortschritte zu ermöglichen, d.h. die technisch-organisatorischen Grundlagen dafür zu schaffen, daß ein System mehr mit weniger Arbeitsvolumen produzieren kann. Zwar vermittelt die wirtschaftspolitische Diskussion den Eindruck, daß sich die Investitionen seit Jahren nicht mehr zu rechnen scheinen, und deshalb hier, in Deutschland, zu niedrig ausfallen. Und dies nicht erst, seit Deutschland Standorte an Billiglohnländer zu "verlieren" droht, sondern bereits ab Mitte/Ende der siebziger Jahre, wobei durchweg konstatiert werden kann, daß sie noch immer - als Rationalisierungsinvestitionen - kräftig genug ausfielen, um ein deutliches Freisetzungspotential von Beschäf-

1

Es ist hier nicht beabsichtigt, die Steuerungsfunktion des Zinses zu diskutieren, obwohl gerade die japanische Erfahrung mit einer Rezession bei einem schon seit Jahren äußerst niedrigen Rediskontsatz pragmatisch aufmerken läßt: Sind an eine "lockere" Geldpolitik nicht zu viele Erwartungen geknüpft?

tigten zu schaffen. Noch Anfang der siebziger Jahre waren sie so üppig geflossen, daß sie sogar "unter Steuerstrafe gestellt" worden waren.

Obwohl es oft genug versucht wird: Die (noch) vorhandenen Arbeitgeber können nicht für die Beschäftigungsmisere verantwortlich gemacht werden. Sie beschäftigen ja und scheinen technisch mögliche Produktivitätszuwächse auch nicht voll realisiert, sondern in vielen Fällen Arbeit "durchgehalten" zu haben. Die grundsätzliche Freiheit unseres Systems besteht darin, die Budgets, die sich der einzelne mit dem System schafft - bzw. auch sein Kreditpotential - sehr vorsichtig und nach seinem Gutdünken einsetzen zu können. Es kann keiner gezwungen werden, "Arbeitgeber" zu werden. Andererseits ist es nicht möglich, zu investieren und "Arbeitgeber zu werden", wenn die dafür notwendige "Kapitaldecke" fehlt. Vielleicht und überspitzt: Wir haben deshalb zu wenige Investitionen, weil wir zu wenige Unternehmer haben, die investieren.

Daß Geld beliebig vermehrbar ist, aber nicht nach Belieben vermehrt werden kann, ist eine Binsenweisheit. Daß derzeit vielleicht auch reichlich davon da ist, belegen Geldmengenrechnungen. Was aus diesem Geld geworden ist, ist müßig gegen- oder aufzurechnen. Es scheint nur eben immer dann zu fehlen, wenn damit größere Vorhaben verwirklicht werden könnten. Mit der Liste dessen, was sinnvoll wäre zu tun, wenn "das Geld dafür da wäre", kommen wir sehr schnell an eine konzeptionelle Nahtstelle im System der VGR, die zunehmend aufplatzt: Das Investieren in die Grundlagen eines hochtechnisierten Produktionssystems, z.B. in den Aufbau und Erhalt eines Forschungsinstituts, gilt nicht als Anlageinvestition; die Exquisitausstattung eines Bankpalastes hingegen ja.

Ausfuhr

Der Export ist eine äußerst bewegende und die letzte der hier anzuleuchtenden Endnachfragekomponenten. In den konjunkturellen Erklärungsmustern scheint er die Nummer 1 der Hoffnung zu sein. Export ist genau die Komponente, bei der der Gedanke der Systemsteuerung durch die Entwicklung der effektiven Nachfrage am leichtestens verständlich wird: Unmittelbar und ohne alle interne Steuerung (über den Zins u.a.) fließt aufgrund von Auslandsnachfrage dem Kreislauf Geld und Einkommen zu. Nach gutem mikroökonomischen Verständnis wirtschaftlicher Entscheidungen ist das eigene Tun durch diese Nachfrage gerechtfertigt, und diese Nachfrage ist Quelle des (eigenen) Einkommens.

So ist es auch zwangsläufig, daß bei Simulationen von technischem Fortschritt und Wirtschaftswachstum in einem Mehrsektorenmodell problemlos mehr abgesetzt werden kann, wenn das Ausland die entsprechende effektive Zusatznachfrage bereitstellt. Recht kompliziert und selbst in Modellspielen (noch) kaum nachvollziehbar wird die Verbindung von Produktivitätsfortschritt, sektoraler Vollbeschäftigung von Ressourcen sowie Preis- und Nachfrageanpassung bei gesamtwirtschaftlichem Wachstum, wenn diese Bewegungen aus den Primärimpulsen des Systems heraus folgen sollen.

"Des einen Export ist immer des anderen Import..." so wird Erhard Kantzenbach auf dem Karl-Schiller-Symposium "Deutschland im europäischen Standortwettbewerb" zitiert¹. Oder: In den bzw. aufgrund der herrschenden Denkmuster(n) zum Export hängt eine Volkswirtschaft am Schwanz der anderen und hofft mit dieser Seilschaft auf Erfolg. An jedem Schwanz hängt nun aber ein Hund, der Importe am liebsten abschütteln möchte. Denn: Äußerst sparsam zu sein im Umgang mit der Verausgabung von Einnahmen ist nicht nur eine japanische Tugend, und Haushaltsdefizite oder gar Importüberschüsse bzw. Exportdefizite gelten als Ausdruck einer höchst unsoliden Wirtschaftspolitik. Hier wäre eine Korrektur in den Denkmustern zu begrüßen: Der (mikroökonomische) Exporterfolg sollte sich stärker am realen Geschehen orientieren können, während sich der (makroökonomische) Außenhandelserfolg auch am Import - als weltwirtschaftlich notwendigem Primärimpuls - ausrichtet.

Mit einer solchen Änderung in der Denkrichtung hätte einiges Fatale in der deutschen Beschäftigungsentwicklung seit 1990 vermieden werden können. Die Finanzierung des Importüberschusses der NBL großenteils aus Steuer- und damit Kreislaufmitteln der ABL, d.h. aus effektiven Nachfragepotentialen nach Arbeit in den ABL, führte nicht zur Überwindung der Teilung durch Teilung eines größtmöglichen Güterberges, sondern zu einem Entzug an Einkommenssicherung hier und Ersatz für Einkommenssicherung dort. Dieser Vorgang kann als Konsequenz eines mikroökonomisch verhafteten Einnahmen-Ausgaben-Finanzierungsdenkmusters interpretiert werden. Für eine befürwortende Aufnahme der Maastrichter Verträge wird ein für Deutschland mit der Einführung einer gemeinsamen Währung zu erwartender Exportüberschuß vorgebracht. Sollen wir diesen vielleicht als "Kosten der europäischen Währung" bezeichnen, die - als Finanzierung - möglicherweise sogar von Deutschland aufzubringen wären? Sollen wir schon vorsorglich auf ein "Ansparen", z.B. eine rechtzeitige Erhöhung des Solidarbeitrages für Europa, drängen?

¹

vgl. Frankfurter Rundschau v. 22.11.95: "Verteilungskonflikt steckt hinter Standortdebatte"

Vielleicht wird durch das deutsche Kreislaufdebakel seit 1990 und diesen Hinweis auf die Bedenklichkeit der Vermengung von Geld als Träger von effektiver Nachfrage und Geld als Verrechnungseinheit (Finanzierungsaspekt) in unseren Denkmustern deutlich, daß unsere gut funktionierende, mikroökonomische Preis- und Einkommenssteuerung nur so lange gut funktioniert, so lange es etwas wie einen "reichen Onkel aus Amerika" gibt, der uns etwas abkauft. Das Warten auf den reichen Deutschen, der den osteuropäischen Ländern so viel abkauft, daß sie durch diese Nachfrage ihre Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung auf eiserne Kreislaufschienen setzen können, scheint zu einem Warten auf Godot geworden zu sein. Um die Schaffung einer solchen (letzten) Kreislaufinstanz bemüht sich die Erinnerung an das "keynesianische Urgestein" als Fazit des Marsches im Kreise der Kreislauftheorie.

Vielleicht doch an Lord Keynes erinnern?

Die wirtschaftspolitische Steuerung ist erkennbar seit zwei Jahrzehnten aus dem Ruder ihrer Instrumente gelaufen. Der seit Mitte der siebziger Jahre einsetzende, sich seither verstärkende Trend zur Abschaffung von "Arbeit" ist nicht Folge einer falschen Wirtschaftspolitik, sondern Ausdruck eines vermuteten Systemfehlers, den die wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrumente nicht korrigieren konnten: Wachstumsvernichtung durch Geldmangel für die Entfaltung einer hinreichenden effektiven Nachfrage. Das Grundmuster des Systems birgt keine Garantie für die adäquate Generierung von effektiver Zusatznachfrage. Das Schleppen des gesamten sozialen Netzes und internationaler finanzieller Verpflichtungen (nicht, daß wir uns diese nicht leisten könnten!) über die **Preise von Markttransaktionen** - und vieles spricht für diese Vermutung - beeinträchtigt sogar die systemische Fähigkeit, effektive Nachfrage zu **regenerieren**. Regenerierung und hinreichende Generierung von effektiver Nachfrage als wirtschaftspolitisches Ziel scheint der einzige Ausweg aus dem Debakel der Existenzverluste in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft zu sein. Das System hat sich durch seine Finanzierungsregeln verrannt und:

Die makroökonomischen Denkmuster sind der Kompetenz von vielen, ihren jeweiligen Budgetlinien verpflichteten Mikroökonomern, i.e. im wesentlichen dem Staat mit seinen - u.a auch autonomen - Instanzen, sowie den Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Arbeitslosenhaushalten, anvertraut. Diese konstituieren zusammen die Angebots- und Nachfrageseite. Für keine reiche Volkswirtschaft gibt es mehr den "rei-

chen Onkel aus Amerika" als deus/dea ex machina der effektiven Zusatznachfrage. Jede reiche Volkswirtschaft ist selbst - bzw. sollte es sein - Primärimpulsgeber für sich und die noch ärmeren Systeme. Eine Ausrichtung auf eine kompetente, makroökonomisch handelnde Institution mit der ihr anvertrauten Aufgabe, reales Angebotspotential und monetäre, effektive Nachfrage auszugleichen, fehlt. Eine solche kompetente Stelle fehlt, wenn in einer Gesellschaft viele Aufgaben wegen Geldmangels nicht durchgeführt werden können und gleichzeitig viele Menschen nicht am Arbeitsprozeß beteiligt sind.

Um eine Volkswirtschaft aus dem Gleichgewicht mit Unterbeschäftigung heraus in ein solches mit Vollbeschäftigung zu führen, so lautete die schlichte Empfehlung des John Maynard Keynes vor beinahe 70 Jahren, müßten halt Menschen mit etwas beschäftigt werden und dafür Einkommen erhalten. Sein Vorschlag, daß dieses auch das Graben nach Flaschen mit (alten) Pfundnoten sein könne, ist in angenehm englischer Weise ein Hinweis darauf, daß wohl jedes System genug Fantasie haben sollte, um Menschen etwas Sinnvolles tun zu lassen. Interessant ist allerdings, daß diese Flaschen zuvor von der "Treasury" vergraben werden müssen. Auch hier gibt eine Institution den ersten Anstoß. Aber: Warum vielleicht doch kein Konjunkturprogramm?

Der schlichte Gedanke von Keynes ist durch Eifer der nachfolgenden Generationen von Volkswirten in unzähligen Laudati... (als Plural von Laudatio) zur Multiplikatortheorie von Staatsausgaben verstümmelt worden. Staatsausgaben, als Konjunkturprogramme, wirken darin expansiv, und diese Expansion ist über den Einkommensmultiplikator zusätzlich expansiv. Diese Stigmatisierung des Gedankens von Keynes führte zu einem vorzeitigen Diskussionsaus in der derzeitigen Aktionsrunde zur Überwindung von Wachstums- und Beschäftigungsdefiziten, denn:

Zum einen: In Befolgung der Kochrezepte ihrer Lehrbücher berechneten Ökonomen multiplikatorinduzierte Beschäftigungseffekte für alle Arten von einzelnen Staatsausgaben, so daß kolportiert wurde, ein Beamter habe einmal aus den einzelnen Gutachten addiert und mehr induzierte Beschäftigte errechnet gefunden als wir faktisch haben. Vielleicht liegt das an einem Anwendungsfehler der Formel: Wenn wir alle planen, 5 vH mehr auszugeben, dann wachsen wir mit genau 5 vH und nicht mit 5 vH plus multiplikatorinduziertem Wachstum. Wenn wir aber in einer kräftigen Flaute **unerwartet** 5 vH mehr **einnehmen**, dann machen diese Einnahmen gemäß der berühmten Multiplikatorformel ihre Runde - aber auch nur so lange, so lange wir nun Tag für Tag, Jahr für Jahr, diese unerwartete Einnahme erwarten können. Nur: diese Ausgabe löst keine multiplikatorinduzierten Einkommenseffekte

mehr aus. Lediglich ihr Wegbleiben würde den Kreislaufprozeß wieder korrigieren
- aber diesmal nach unten.

Zum anderen: Konjunkturprogramme sind gedanklich immer mit Haushaltsdefiziten des Staates verbunden. Und Haushaltsdefizite sind, a priori, etwas Negatives, Ausdruck sozusagen einer Wirtschaftsschwäche, eines "über die Verhältnisse leben" usw.. Selten nur, und für das Zitieren nicht parat, sind die amerikanischen Haushaltsdefizite als Konjunkturlokomotiven insbesondere für Japan und Deutschland gepriesen worden. Zudem werden die Haushaltsdefizite in Deutschland derzeit schon eh als viel zu hoch angesehen, daß ihnen noch zusätzlich ein Konjunkturprogramm aufgebürdet werden könne. Bei schon hohen Defiziten zieht auch nicht mehr der Grundgedanke von Keynes, solange er als Einkommens- und Beschäftigungsmultiplikator von Staatsausgaben vorgebracht wird. Aber auch wenn sich die grundsätzliche Bewertung von Haushaltsdefiziten ändern sollte: Sie sind wegen ihrer Finanzierungs-, insbesondere Entscheidungsmodalitäten weder kurz- noch langfristig als Träger des keynesianischen Gedankens voll geeignet.

Ebenfalls nicht geeignet könnte der folgende Gedanke sein - weil er zu einfach ist, und die **Institutionalisierung eines(r) deus/dea ex machina nicht einfach sein wird und auch nicht sein kann:** *Im Hinblick auf eine würdige Existenzsicherung des Einzelnen in unserem nicht (mehr) voll befriedigend operierenden System der verfaßten Marktwirtschaft muß etwas wie eine **frei finanzierte gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung** unterlegt (über-, beigeordnet) werden. Auch bei Wahrung des Grundsatzes des Haushaltsausgleichs muß es möglich sein, Aufgaben zu verwirklichen und dafür Ressourcen zu nutzen statt sie brach liegen zu lassen. Dieses Denkmuster setzt bei den doppelten Begriffsinhalten der Makroökonomie an (Vermögensbildung gleich entlohnte Faktorbeiträge) und setzt voraus, daß die Finanzierung **nicht** zuvor oder gleichzeitig oder im nachhinein **zwangsläufig** aus Kreislaufmitteln stammt. D.h.: Sie kann, muß es aber nicht.*

Dieser einfache Grundgedanke sollte hier nur angedeutet werden - nicht als Angebot einer Lösung seitens der Makroökonomie, sondern als Anregung in einem Diskussionspapier, das sich um die (Los)Lösung von Denkmustern bemüht, die - möglicherweise - den Verlust von systemischer Geborgenheit derzeit noch beschleunigen.

In der derzeitigen Situation sollte von einer solchen gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung ein deutlicher Nachfrageimpuls ausgehen können. Ermüdungserscheinungen, die schlicht auf zu viel Bürokratie beruhen, sind zu vermeiden. Bündnis für

Arbeit, Treuhand, Gutachterheere, parlamentarische Bürokratie haben das wirtschaftspolitische Spiel bisher nicht für die Allgemeinheit gewonnen. Vorzuziehen sind Formen eines solchen "Vermögens" zur Vermögensbildung, die - der Kompetenz der Institutionen des Staates im fiskalischen Sinne und jedem politischen Zugriff entzogen - eher z.B. der Notenbank beigeordnet sind und dennoch bei der inhaltlichen Gestaltung zum Was, Wie, Wo, Wieviel die regionale Ebene maßgebend zulassen.

Zwar droht die Umsetzung dieses Gedankens in eine funktionierende Institution - wie schon so vieles - zu einem Jahrhundertwerk gemacht zu werden, wir können aber nicht einmal mehr 100 Tage darauf warten: Es ist wichtig, daß ein solcher Primärimpuls zügig gegeben wird - in Erkenntnis der Kompetenzgrenzen der einzelnen Akteure zur Wahrung eines würdigen Beschäftigungsniveaus, in Kenntnis der fatalen Mikro/Makro-Vermengung von Geld als Gut, mit dem Geld gemacht wird, und mit Geld als effektiver Nachfrage, sowie mit dem Willen, die zurecht befürchteten Nebenwirkungen eines Konjunkturprogramms zu vermeiden.

Mit einer solchen Erweiterung der Möglichkeiten, unser System - als System - zu steuern, könnte/sollte sogar das Gegenteil erreicht werden: Die mit Aufgaben außerhalb ihrer klassischen Funktionen bereits überfrachteten Haushalte, die immer mehr Kreislaufmittel als Steuergelder "aufzehren", sollten entlastet werden. Mit anderen Worten: Durch den entlohnten Einsatz von Ressourcen zur gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung sollten Haushaltsmittel (z.B. für ABM, Subventionen für Forschung und Entwicklung u.v.m.) freigesetzt, Haushaltsdefizite verringert und/oder direkte und indirekte Steuern tendenziell gesenkt werden. Steuersenkungen sind - zumindest kurzfristig - auf vielfältige Weise Potential von effektiver Nachfrage und alimentieren so zusätzlich den Prozeß einer Regenerierung von Nachfrage nach Arbeit.

Die Schwierigkeiten, einen solchen einfachen Gedanken in die Tat, d.h. in ein wirksames, vor Mißbrauch geschütztes Instrument umzusetzen, scheinen mit der Palette dessen zu beginnen, was man sich konkret als gebildetes gesamtwirtschaftliches Vermögen vorstellen könnte. Da gleitet das Beschäftigungs-Einkommens-Nachfrage-Ziel in (noch) unüberwindlich Politisches ab - obwohl die Fantasie nicht stehenbleiben muß bei der Altlastenbeseitigung auf Militärgeländen und Ansiedlung eines vielleicht wirklich interessanten Freizeitparks dort, Wiederbelebung der Luftfahrtindustrie, Erforschung und Einsatz von Umweltschmutzverhütern, bei der architektonisch wertvollen Stadtbildpflege sowie dem Erhalt von Wirtschaftsforschungsinstituten. Politisch gerungen würde insbesondere, daß/wenn/ob alle Arten von Ausführenden, mit Schwerpunkten vielleicht bei kleinen und mittleren Unternehmen bzw.

speziellen Zusammenschlüssen, vertreten wären. Auch die Stärke dieses Primäripulses gäbe es zu bedenken, wobei es vielleicht nur wichtig wäre, einen Anstoß in diese Richtung zu geben. Und argumentativ abzuwägen wären mit Sicherheit fünf Millionen Arbeitslose gegen die Befürchtung eines Vertrauensschwundes in die DM - obwohl es ja schon bald heißen müßte: Den EURO.

Vielleicht aber könnte der Grundgedanke einer frei finanzierten gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung auch innerhalb unserer geldpolitischen Institutionen belebt werden, wenn es nur gelänge, den Vermögensbegriff nicht auf den mikroökonomisch belegten Begriff der "Anlageinvestition" zu beschränken, sondern: Gesamtwirtschaftliches Vermögen entsteht, wenn irgendwer dafür bezahlt wird, daß etwas zum Wissen und Können, zur materiellen und immateriellen Infrastruktur einer Volkswirtschaft beigetragen wird, und diese Beiträge können nicht durch einzelwirtschaftliche Initiativen vorfinanziert und über den Markt refinanziert werden. In reicheren Volkswirtschaften wird auch die immaterielle Informationsinfrastruktur teurer, und diese kann nur **neben dem Marktpreis und nicht aus diesem finanziert werden**. Mit dieser Feststellung liegt einerseits das Forschungsfeld "Geldstromrechnung" weit offen vor uns, und andererseits ein vermutlich wichtiges Teil des makroökonomischen Puzzles: Arbeitsmangel durch Geldmangel, um aufträge zu erteilen.

Die systemische Ermüdung, vorzugsweise in traditionell kameralistisch denkenden Wirtschaften, kann damit zusammenhängen, daß die Funktion eines letzten Geldgebers nicht (mehr adäquat) besetzt (institutionalisiert) ist. Arbeitsdisziplin, neue Ideen, die berühmte "Flexibilität" und systemisch angepaßte Löhne sind zwar notwendige, offensichtlich aber nicht hinreichende Bedingung für störungsfreies Wachstum. Als volkswirtschaftlich kontraproduktiv muß die derzeit häufig vertretene These von der Senkung der Reallöhne als Heilmittel unseres Kreislaufschadens in zweierlei Hinsicht eingeschätzt werden: Es geht zum einen nicht darum, gleich viel mit mehr Arbeitskräften zu produzieren, sondern mehr Existenzmöglichkeiten mit systemisch hohen Einkommensgegenwerten zu sichern. Zum anderen hat Ökonomie bzw. die Lehre davon etwas zu tun mit einem "Besser-leben" und nichts mit einem "Schlechter-leben (Gürtel enger schnallen)". Wir vermuten, daß sich das marktwirtschaftliche System (vorwiegend) nur in seinen Finanzierungsströmen verritten hat und wieder mehr systemische Geborgenheit auszustrahlen vermag, wenn es sich selbst die Kompetenz dazu verschafft, mehr Geld einkommenswirksam auszugeben.